

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bezugsbestellungen mit Nachnahme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich drei Mark 20 Pfennig (halbjährlich 12 Mark 20 Pfennig) durch die Post bezogen monatlich 2 Mark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-U. / Geschäftsstelle u. Expedition: Oberbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 299 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 090. Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-U. Oberbahnhofstr. 2 / Fernspr. Unti Dresden Nr. 17 299 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Lesseite 1,20 RM. Anzeigen-Nachnahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-U. Oberbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang Dresden, Montag den 30. Januar 1928 Nummer 25

Das Manöver der Reichsbanner-Leitung

Die Listen enthüllen / Heraus mit den USP-Leuten aus den Gewerkschaften / Wieder ein Arbeitermord in Berlin

Hörning wollte die USP stärken

Berlin, 30. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

In der Paul-Lenin-Korrespondenz „Politik und Wirtschaft“ beschäftigt sich der linke Sozialdemokrat Fritz Hörning mit dem Reichsbanneraufruf gegen die Altsozialdemokraten. Er erinnert daran, daß „der Parteivorstand und andere prominente Genossen die enge Verbindung mit Selbst, Bethele usw. kletten und sie also alle, im Kampf erprobte Führer bezeichnen, mit denen sich Dittmann lieber hängen wollte, als mit den anderen Oppositionsmächten“. Hörning stellt weiter fest, daß der Bundesvorstand des Reichsbanners alles daransetze, den Einfluß der USP zu stärken, deren Ideologie „von dem Bundesvorstand geteilt wurde“. Durch die Anerkennung der USP als republikanische Partei seitens Hörning, der jetzt von ihr abtrübt, sollte diese Stärkung des USP-Einflusses erreicht werden. Hörning schreibt darüber: „Durch sie sollten die Unorganisierten die Verbindung mit den sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierten Massen erhalten. Das Reichsbanner wurde ihnen deshalb als Agitationsfeld für die neue Partei zugewiesen. Hier sollten sie ihre Reihen auffüllen, daß sie später für eine Vereinigung mit der SPD stark genug sein würden, um Forderungen und Sicherungen erhalten zu können.“ Hörning weist dann auf die widersprüchliche Begründung des Ausschlusses der USP aus dem Reichsbanner hin und erklärt dazu: „Politische Konsequenz ist ja nie die Stärke des Reichsbanners gewesen — wird es nie sein.“

Hörning unterläßt es natürlich, darauf hinzuweisen, daß das Manöver des Hauptvorstandes und Hörnings gegen die USP nur dazu dient, die linken SPD-Arbeiter bei der Stange zu halten.

Der Artikel Hörnings soll wohl auch keineswegs dazu dienen, die Stellung gegen die USP stärker zu belegen, sondern die Aufgabe erfüllen, die radikaleren Arbeiter Sachsen bei der Stange zu halten. Es soll durch diesen Artikel die Meinung erzeugt werden, als wollten die sächsischen Sozialdemokraten eine ernsthafte Politik gegen die Linie des Parteivorstandes betreiben. Alle Handlungen dieser sächsischen sozialdemokratischen Führer zeigen aber, daß sie sich immer mehr und mehr auf den Weg des Parteivorstandes begeben. Seit dem Kleiner Parteitag bemüht sich die sächsische SPD-Führerschaft, ihre dorthin Unterwerfung in vollem Umfange durchzuführen. Wir haben gleich nach Bekanntwerden des Beschlusses der Reichsbanner-Gauleitung darauf hingewiesen, daß dieser Beschlus nichts weiter bezwecke, als die Arbeiter bei der SPD festzuhalten und im nächsten Wahlkampf Stimmen für die Sozialdemokratie zu erobern. Wir unterhalten, daß die Arbeiter den Reichsbanner wegstreifen, daß die USP-Führer reitlos aus den Arbeiterorganisationen entfernt werden. Seit Gründung der USP sagen wir den Arbeitern: Das Hauptbetätigungsfeld der USP-Führer sind die Gewerkschaften, hier vollziehen sie ihre Politik des Verrats in vollem Umfange. Auch jetzt haben wir sofort wieder gefordert: „Heraus mit den USP-Führern aus den Gewerkschaften!“

Die Arbeiter begreifen, daß wir recht haben. Sie sehen, daß die Gewerkschaftsbureaucratie jeden Kampf der Arbeiter hemmt, jeden wirtschaftlichen Erfolg verhindert. Sie wenden sich in härterem Maße der Opposition zu. Fast in allen Gewerkschaften hat die kommunistische Opposition fast gewonnen. Die „linken“ Führer sehen, daß es Zeit wird, sich zwischen die Opposition und die USP-taktik betreibenden Führer der Gewerkschaften einzuschieben. Die dem Streben und keineswegs dem ersten Willen einer Verräterung der Gewerkschaftstaktik entspringt ein Artikel im sächsischen Volksblatt, das jetzt auch die Entfernung der USP aus den Gewerkschaften fordert. Das sächsische Volksblatt schreibt:

„Die Entscheidung des Reichsbannerbundesvorstandes muß zur völligen u. reiflichen Abstoßung der „Nationalsozialisten“ überlicher Sorte u. der Arbeiterbewegung führen. In den Gewerkschaften liegen in Sachen noch verstreut in führenden Reihen des Herrn Reichsbanner Nationalsozialisten. Die Gewerkschaften brauchen nicht mehr politisch neutral zu sein als das Reichsbanner. Die Gewerkschaften, die mindestens ebenso wie das Reichsbanner auf republikanischem Boden stehen, müssen genau so wie das Reichsbanner zu der Erkenntnis kommen, daß die „nationalsozialistischen“ Tendenzen der USP nicht vereinbar sind mit den republikanischen, demokratischen Tendenzen der Gewerkschaften, daß die Mitgliedschaft in der USP nicht vereinbar ist mit der Mitgliedschaft in der Gewerkschaft. Wer überzeugter, ehrlicher Gewerkschafter ist, kann dieser nationalsozialistischen Partei nicht mehr angehören, und wenn die Mitgliedschaft bei der Reichspartei höher steht als seine gewerkschaftliche Pflicht, der hat in den freien Gewerkschaften nichts mehr zu suchen. Nach der neuerlichen Charakterisierung

der USP durch den Reichsbannerbundesvorstand muß reiner Tisch gemacht werden, muß im Interesse der Entwicklung der Gewerkschaften dafür gesorgt werden, daß nirgendwo in führender Funktionstellung noch einer der Nationalsozialisten sitzt.“

Diese Ausführungen sind ein Zeichen dafür, wie stark der Druck der Opposition in den Gewerkschaften schon geworden ist. Die revolutionären Arbeiter in den Gewerkschaften müssen den Druck jetzt verstärken und den Kampf um die Befreiung der USP-Leute in den Gewerkschaften mit mehr Energie als bisher führen. Die revolutionäre Opposition soll und muß aber von Anfang an wissen, daß die sogenannten „linken“ SPD-Führer ihre letzte Stellung nur aus Rücksichtungen beziehen. Diese Führer wollen keine andere Gewerkschaftspolitik, sie haben die Politik der Gewerkschaftsbureaucratie bisher nicht nur gebilligt, sondern auch unterstützt und verteidigt. Wenn jetzt auf einmal eine andere Melodie von diesen Führern gesungen wird, dann nur deswegen, weil diese jetzt den Druck der Massen auffangen wollen.

Wir haben zu dieser Säuberung der Gewerkschaften schon seit Jahren gerufen. Also heraus jetzt endlich mit den Renegaten, dazu aber nicht das Ziel, radikaler lebende andere Führer an die Stelle zu setzen, sondern es geht die Aufgabe, die Gewerkschaften wieder zu Klassenkampforganen zu machen. Diese Aufgabe gilt es zu erfüllen. Dazu aber müssen die Arbeiter von Anfang an wissen, wozu sie sind.

Arbeitermord

Ein angetrunkener Schupowachmeister erschleicht einen Jungarbeiter

Berlin, 30. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern früh hatte sich der Oberwachmeister der Schupo, Helke, in Zivilkleidung in das Arbeiterlokal von Paul Hoffmann eingeschlichen, nachdem er sich vorher in einem anderen Lokal hart angetrunken hatte. Nach einem kurzen Wortwechsel zwischen dem Oberwachmeister und dem Jugendgenossen Herbert Reumann verließ letzterer das Lokal. Helke folgte ihm. Noch in der Tür stehend, richtete er seinen Revolver auf den Jugendgenossen und streckte ihn tot nieder.

Die Hehe der sächsischen Offiziere unter der Polizei des Sozialdemokraten Jörgiebel, die milde Justiz gegen Arbeitermörder wirkt: der revolutionäre Arbeiter ist vogelfrei. Die Polizeibeamten bringen einen Arbeiter nicht mehr zur Anzeige, sie machen schnelle Justiz, der Arbeiter ist freigegeben, das jeder angetrunkene Polizeibeamte nach Gutdünken erschließen darf. Natürlich wird die bürgerliche Presse wieder eine Lüge finden, um die Missetat des Polizeibeamten zu rechtfertigen.

Die Arbeiterkassette muß endlich ernsthaft darangehen, mit dieser Mordstrafe Schluss zu machen. Die Arbeiterkassette ist stärker, wenn sie will. Wenn sie mit allen Mitteln des proletarischen Kampfes, mit Kundgebungen, Demonstrationen und Proteststreiks antwortet, dann wird sie die Mordbanditen niederzwingen.

Wir fordern die Arbeiter auf, in den Betrieben Stellung gegen diesen neuen Arbeitermord zu nehmen.

„Wir kapitulieren vor der Partei“

Der Brief Sinowjews und Kamenevs

Am Sonnabend brachten wir schon eine kurze Notiz über den Brief Sinowjews und Kamenevs an die KPD. Der Brief zeigt nicht nur die vollständige Aufgabe des Kampfes der Sinowjewgruppe gegen die Partei an, er wendet sich auch entschieden gegen Trotski und seine internationalen Anhänger: Maslow, Ruth Fischer in Deutschland, Souvarine in Frankreich. Sinowjew und Kamenev unterstreichen aber noch besonders, daß in Sowjetrußland die proletarische Diktatur besteht. Alle anderen Behauptungen sind sowjetfeindliche Lügen.

Dem Vorwärts blieb am Sonnabend aus Mut über den Zerfall der russischen Opposition die Sprache weg. Dafür wütete er um so mehr gegen die Kommunisten. Die Kommunisten hätten Sammelgelder für die Textilarbeiter nicht abzugeben, sondern mit ihren Freundinnen durchgedrückt. In unserem Artikel über Arbeitswohlfahrt, auf der 2. Seite, zeigen wir, wie die Gelder behalten hat: der Sozialdemokrat Viktor Zwickau, der sich weigerte, die Sammelgelder abzugeben. Damit ist diese Hehe genügend gekennzeichnet als die Verleumdung von Schmierfinken. In der Sonntagnummer schreibt der Vorwärts 19 Zeilen zu diesem Brief unter der Überschrift: „Zu Kreuz getrocknet. Kamenev und Sinowjew verraten Trotski“. Somit berichtete der Vorwärts kommentarlos. Die Überschrift verrät aber zur Genüge die Wut. Sämtliche SPD-Zeitungen verfahren nach derselben Methode, an verstedter Stelle diese Notiz zu bringen. Die Volkszeitung, die vor einiger Zeit in großer Aufmachung brachte, daß ohne Sinowjew keine kommunistische Internationale gewesen sei, unterschlägt die Meldung vollständig. Dafür macht sie eine wüste Hehe wegen angeblicher Klassenjustiz in Rußland.

Das Berliner Tageblatt schreibt am Sonnabend:

„Es ist schon einigermaßen beipflichtend, daß zwei Haupturheber des Fraktionskampfes nun die Wirkungen dieser Sache auf die ausländische Presse schleichen wollen, die sich ganz natürlich für die Ereignisse in der Sowjetunion interessiert.“

Diese tolle Hehe der SPD- und bürgerlichen Presse ist nur ein Zeichen dafür, daß die KPD auf dem richtigen Wege ist, während die ultralinken Gruppen eben immer mehr zerfallen. Wir lassen hier den Brief folgen:

„Wir trennten uns von der trotzkistischen Gruppe in der Frage der vollständigen tatsächlichen Unterordnung unter die Beschlüsse des 15. Parteitages, Entweder Unterordnung unter alle Forderungen des Parteitages und fester Entschluß, mit der Parteilinien zusammenzuarbeiten, oder Einschlagen des Weges der zweiten Partei — so und nicht anders steht die Frage. Wer dies auch heute, nach dem Parteitag, nicht sieht, ist zu immer größerem Zerkern verurteilt.“

Unsere entschiedene Weigerung, den Weg der zweiten Partei zu gehen, kam unseren ehemaligen Genossen nicht unerwartet. Betetels am 15. August 1927, nach der Beendigung des August-Plenums des 3A der KPSU, d. h. also in einem Zeitpunkt, den niemand als einen Zeitpunkt höchsten Drucks gegen die Opposition bezeichnen kann, da das Plenum Trotski und Sinowjew im 3A belassen hatte, richteten wir an Trotski einen Brief, in dem wir uns gegen den Weg der zweiten Partei aussprachen, da wir ihn als verderblich erachteten. Heute ist dem hinzuzufügen, daß der ganze zweijährige Fraktionskampf unabweislich beweist, daß nicht nur der Weg der zweiten Partei verderblich ist, sondern daß auch die längere Existenz einer ausgebildeten Fraktion, die sich der Partei in entscheidenden Fragen entgegenstellt, den Gelehen der Parteierweiterung der proletarischen Diktatur widerspricht, und daß infolgedessen den Verzicht auf einen proletarischen Diktatur zweifellos den Verzicht auf einen solchen Kampf verlangen. Die veröffentlichten Dokumente der trotzkistischen Zentrale führen ganz und gar auf dem Gedanken der Weilerführung des Fraktionskampfes. Man muß blind sein, um nicht zu sehen, daß nach zwei Jahren erbitterten Fraktionskampfes, nachdem dieser Kampf auf die Straße getragen wurde und zum Beschluß des 15. Parteitages, durch den die ganze Opposition aus der Partei ausgeschlossen wurde, führte, die Fortsetzung der Fraktionsarbeit politisch der Bildung einer zweiten Partei gleichkommt. Wir kapitulierten vor der Partei und erachteten dies als den einzig richtigen Ausweg aus dem langen schweren Kampfe.“

Zu den Direktoren der Trotzkisten an ihre Anhänger im Auslande schreiben Sinowjew und Kamenev:

„Die Kraft und die Bedeutung der Sowjetunion für die Arbeiterbewegung der ganzen Welt besteht darin, daß sie die Diktatur des Proletariats verwirklicht, den Sozialismus aufbaut und die Triebkraft der Weltrevolution ist. Darüber zu schwelgen und sich auf den Hinweis zu beschränken, daß „der Sowjetstaat den Arbeitern und Bauern mehr gibt, als es bürgerliche Staaten getan hätten“, bedeutet im besten Falle ein Abwärtsschritt des Volkswillens zum Standpunkte des „linken“ Abwärtsschritts, da nur die Burceells imstande sind, an die Sowjetunion diesen „einfachen“ Maßstab anzulegen. Würden europäische Kommunisten diesen Maßstab wirklich beherzigen, so würden sie auf die Stufe wohlwollender „Gäste“ einer die Sowjetunion besuchenden sozialdemokratischen oder gewerkschaftlichen Delegation herabsinken. Was gibt es „Linkes“ an diesem Standpunkte? Ebenso falsch wie schädlich ist die von den Verfassern der Direktoren gegebene Charakteristik der Macht in der Sowjetunion, worin behauptet wird, daß die Partei und der Staat in der Sowjetunion, worin behauptet wird, daß die Partei und der Staat in der Sowjetunion von Kleinbürgerlichen Elementen geleitet werden, die sich notgedrungen auf die Arbeiterklasse stützen müssen. Hier gleichen die Verfassern der Direktoren offenkundig zum Gedanken ab, es gäbe in der Sowjet-